Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3280

07. 12. 95

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksachen 13/3121, 13/3240 –

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über die Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten:

- Die Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten ist Teil einer umfassenden Parlamentsreform.
- An dem Beschluß vom 29. Juni 1995, den Deutschen Bundestag mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an von derzeit 672 um bis zu 100 Abgeordnete auf unter 600 Abgeordnete zu verkleinern, wird festgehalten.
- Die von der Präsidentin des Deutschen Bundestages im Auftrag des Deutschen Bundestages im Einvernehmen mit den Fraktionen eingesetzte „Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages" soll Stellungnahmen erarbeiten zu allen in Zusammenhang mit der Verkleinerung des Parlaments entscheidungserheblichen Fragen. Zum Prüfungsauftrag gehört auch, inwieweit mit der Aussetzung von Anpassungsgeboten verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf bereits für die 14. Wahlperiode besteht. Verbindliche Grundlage der Arbeit der Kommission ist die Beibehaltung des geltenden Wahlrechts, d. h. einer personalisierten Verhältniswahl mit Parität zwischen Direkt- und Listenmandaten. Der Bericht der Kommission soll spätestens im Frühjahr 1997 vorliegen.
- Die zur Umsetzung einer Verkleinerung des Parlaments notwendigen Entscheidungen wird der 13. Deutsche Bundestag mit Wirkung für die 15. Wahlperiode treffen.

Bonn, den 7. Dezember 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Rudolf Scharping und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Der Beschluß des 13. Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1995 brachte den Willen zum Ausdruck, im Rahmen einer umfassenden Parlamentsreform den Deutschen Bundestag mit Wirkung für die 15. Wahlperiode zu verkleinern. Die neuerliche Debatte über die Rechtsstellung der Abgeordneten als einen Teil der Parlamentsreform wird zum Anlaß genommen klarzustellen, daß an dem Beschluß vom 29. Juni 1995 zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages festgehalten wird.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333